

Kita-Finanzierung unter der Lupe

Meinung Seit mehreren Wochen ist das Thema Kita-Finanzierung wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. So auch bei der gestrigen Informationsveranstaltung im SAL, veranstaltet von der FBP-Ortsgruppe Schaan.



Führten eine sachliche Diskussion zum Thema, von links: Claudia Frick, Isabell Schädler, Mauro Pedrazzini, Petra Walter und Jutta Hoop. (Foto: Nils Vollmar)

VON SILVIA BÖHLER

Manche Wege sind zäh zu beschreiben, bis sich am Horizont ein Licht auftut. Das musste auch Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini erfahren: «Ich habe mich über die Reaktionen zur Vorlage der Kita-Finanzierung sehr gewundert. Plötzlich wurde wieder das Familienmodell diskutiert und viele haben mir vorgeworfen, ich wolle nur den Staatshaushalt sanieren. Als die Wirtschaftskammer dann mit den fast identen Vorschlägen kam, hat sich jedoch niemand aufgeregt.» Die schlichte Erklärung von Isabell Schädler, stellvertretende Geschäftsführerin der Wirtschaftskammer: «Die Politik spart, die Wirtschaft investiert.» Beide waren gestern zu Gast im SAL in Schaan und versuchten gemeinsam mit Petra Walter (Vorstand Kita Planken), Claudia Frick (Betreuerin Tageskinder) und Moderatorin Jutta Hoop Licht in das Durcheinander rund um die Finan-

zierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung zu bringen.

Moratorium seit 2011

Im Jahr 2011 beschloss die damalige Regierung angesichts der steigenden Kosten für Betreuungsplätze die Subventionen einzufrieren, bis eine neue Lösung für deren Finanzierung gefunden ist. Das Moratorium gilt noch heute und mittlerweile gibt es Einrichtungen, die vom Staat Unterstützung erhalten, und solche, die leer ausgehen. Das soll sich nun ändern. Rund ein Jahr fasste sich eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen. «Das Ziel war es, bei gleichbleibendem Staatsbeitrag mehr Plätze zu subventionieren», so Pedrazzini. Als neue Finanzierungsquelle sollen die Gelder aus der Familienausgleichskasse (FAK) dienen, welche ausschliesslich von den Arbeitgebern im Land finanziert wird. Zudem sollen die Betreuungseinrichtungen künftig finanzielle Unterstützung für die tatsäch-

lich geleistete Betreuung der Kinder erhalten und nicht, wie bisher, einen Pauschalbetrag pro Platz. So sollen die Mittel dorthin fließen, wo sie effektiv verwendet werden. Die Elternbeiträge werden einkommensabhängig eingehoben. Pedrazzini hätte sich auch eine finanzielle Beteiligung der Gemeinden gewünscht, doch einige lehnen das vorgeschlagene Modell aus Gründen eines Autonomieverlustes ab. «Den Gemeindebeitrag können wir knicken, das muss man akzeptieren», so der Minister.

Ähnlich wie der Vorschlag der Regierung sieht auch das Finanzierungsmodell der Wirtschaftskammer aus. Mit ihrer Gesetzesinitiative zum Thema Familie und Beruf gehen sie aber noch einen Schritt weiter. Zum einen sollen die Tagessätze pro Betreuungsplatz im Gesetz und nicht in einer Verordnung festgehalten werden, zum anderen sollen künftig auch die Kosten für das Mutterschaftsgeld von der FAK getragen

werden. «Derzeit sind im Topf der FAK rund 150 Millionen Franken deponiert, 9 Millionen Franken beträgt der jährliche Überschuss. Kita-Finanzierung und Mutterschaftsgeld würden in Summe rund 8 Millionen Franken pro Jahr ausmachen und wären so ohne Abbau der Reserven finanzierbar», rechnet Isabell Schädler vor. Generell wird die Neuregelung zur Finanzierung der Kinderbetreuung gutgeheissen, es gibt aber auch Kritikpunkte. Claudia Frick bemängelt, dass die Tagesmütter von der Reform ausgeschlossen sind, und sieht so die Wahlfreiheit der Eltern nicht gegeben. Auf Unverständnis stösst auch die Subventionierung von Betriebskitas.

Die Gesetzesinitiative der Wirtschaftskammer wird im Juni im Landtag behandelt. Ist das Stimmungsbild dort ähnlich, kann endlich wieder ein Schritt zur besseren Vereinbarkeit gemacht werden. Stimmt der Landtag der Vorlage nicht zu, ist das Stimmvolk gefragt.